

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des
- 2 vergangenen
- 3 Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl
- 4 und Aluminium, wurden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5°
- 5 Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung,
- 6 2016)
- 7 **Situation**
- 8 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch.
- 9 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum
- 10 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2- Fußabdruckes. Die Hälfte
- 11 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle in
- 12 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen (Quelle:
- 13 Umweltbundesamt).
- 14 **Aufgaben**
- 15 **Umweltschutz und gesundes Bauen**
- 16 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich der
- 17 Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der Riesenherausforderungen
- 18 viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des
- 19 Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen,
- 20 Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer
- 21 gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und
- 22 Nachhaltigkeitsziele.
- 23 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle
- 24 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe
- 25 und
- 26 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung,
- 27 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige
- Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine
- planetare Belastung.
- Das können wir uns nicht mehr leisten!**

28 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,
29 überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeforderte Rohstoff der Welt“.
30 (Zitat Umweltbundesamt: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen>)
31 Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t
32 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,
33 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese
34 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind
35 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa
36 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in
37 Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und
38 Strände werden dort illegal abgebaggert.

39 Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und
40 wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer
41 Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese
42 Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für
43 den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“,
44 so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein Kostenfaktor im
45 Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

46 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf
47 mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen,
48 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche – an Normen und
49 Zuständigkeiten orientierte – Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der
50 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen
51 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen
52 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

53 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich
54 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und
55 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten
56 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch
57 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und
58 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist
59 bislang wenig.

60 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst
61 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk,
62 Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von
63 hochproblematischen Verbundstoffen. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie
64 Beschichtungsmitteln finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und
65 Mikroplastik.

66 Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen
67 bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln im
68 Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir wollen

69 und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie
auszusteigen.

70 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs
71 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen
72 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

73 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten
74 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt

75 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht
76 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel,
77 was am günstigsten ist.

78

79 Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips zu
80 gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit umwelt- und
81 gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

82 **Urban Mining**

83 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale
84 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und
Infrastrukturen

85 (Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das
86 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind
87 ca. 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

88 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt.
89 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend
90 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren
91 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches
92 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in
93 wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit
94 über ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und
95 Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze
96 in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei
97 handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale
98 Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

99 **Bauwende**

100 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit
101 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von
102 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen,
103 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die
104 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und
105 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen.
Das

106 Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und
107 Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer
108 Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen, ressourcenschonend und

109 lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen,
110 gestalten und umsetzen.

111 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

112 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur
113 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das
114 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem
115 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind
Orte,
116 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung des
117 Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und
118 Materialität bedarf großer Sorgfalt.

119 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume,
120 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive
121 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die
122 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

123 **Unsere Antworten und Forderungen**

124 **Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

125 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der
126 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der
127 Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

128 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,
129 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei
Städtebau
130 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das
131 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

132 Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare
133 umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren
134 Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

135 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das
„Wegwerfen“
136 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand
137 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer
138 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die
139 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht
es
140 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und
fachkompetente
141 Kommunen.

142 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien
143 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu
144 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar
145 sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ

146 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten
 147 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den
 148 Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen
 149 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

150 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines
 151 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast
 152 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO2-Abdruck
 153 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es
 154 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten
 155 Lebenszyklus eines Gebäudes.

156 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum
 157 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem viel
 158 Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben
 159 den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden
 160 Ortskernen.

161 **Umbaukultur**

162 Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen
 163 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau,
 164 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien.
 Bestehende

165 Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch betrachtet
 166 besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch,
 167 dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

168 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als
 169 das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste
 170 Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion
 171 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige
 172 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und
 173 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

174

175 Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im Außenbereich
 176 (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einem Förderprogramm für die
 177 Aktivierung von Leerstand – der Grünen Bauflächenoffensive – wieder beleben und den immer
 178 noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft
 179 überführen.

180 **Nachhaltiges Bauen**

181 Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über den
 182 gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und viele Länder

183 setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen Hand
 184 nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der Privatwirtschaft
 185 zur Verfügung zu stellen.

186

187 Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt beachtet.

188 Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine
189 Reduzierung von CO₂ und des Primärenergiebedarfs, vermeidet gesundheitsgefährdende Stoffe
190 und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe, wie Stahl und
191 Beton
192 und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz von
193 nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele
194 konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass
195 Funktionalität und technische Qualität leiden.

196 Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die
197 durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den
198 Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

199

200 Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des
201 Gebäudes
202 und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und
203 Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten eines
204 herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der Gesamtkosten
205 des
206 Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise
207 können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert
208 steigen.

209 Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit,
210 Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss der
211 Maßstab der Gebäudeplanung sein.

212 Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen finden. Dabei
213 können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder Qualitätssicherung
214 mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie private
215 Bauwirtschaft zu transportiert. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und die
216 Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und zugänglich.
217 Es
218 braucht den Willen zu Umsetzung.

219 Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung.
220 Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet.
221 Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von
222 Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte
223 Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie www.nachhaltigesbauen.de.

224

225 Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der
226 Kommunen wie
227 Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die
228 Bewertung
229 der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in der Folge
230 die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat

229 Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt es,
 230 Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor aufzulegen.

231

232 Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern, um
 233 die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte Bewertungs- und
 234 Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind erprobt. Hier
 235 können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu einem
 236 klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

237

238 Mit steigenden CO₂-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf klimaneutrale
 239 Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger aus den
 240 öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

241

242 Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand dekarbonisiert
 243 werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf regenerative
 244 Energieträger umgestellt werden.

245 **Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle**

246 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit
 247 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von
 Gebäuden,

248 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und
 249 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

250 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf
 251 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche
 252 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

253 **Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht**

254 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 255 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 256 • CO₂-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 257 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der
 258 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 259 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die
 260 Kreislaufwirtschaft.
- 261 • Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung

- 262 von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen lohnender zu
263 machen.
- 264 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren
265 Energiebilanz bei der Herstellung.
- 266 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards für
267 nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche und
268 baukulturell hochwertige Umsetzung.
- 269 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der
270 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 271 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung
und
272 zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung
273 nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 274 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 275 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde
276 Leistungen schaffen.
- 277 • Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis
278 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren
279 und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter Verbände.
- 280 • Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden Flächen
besser
281 auszunutzen.